

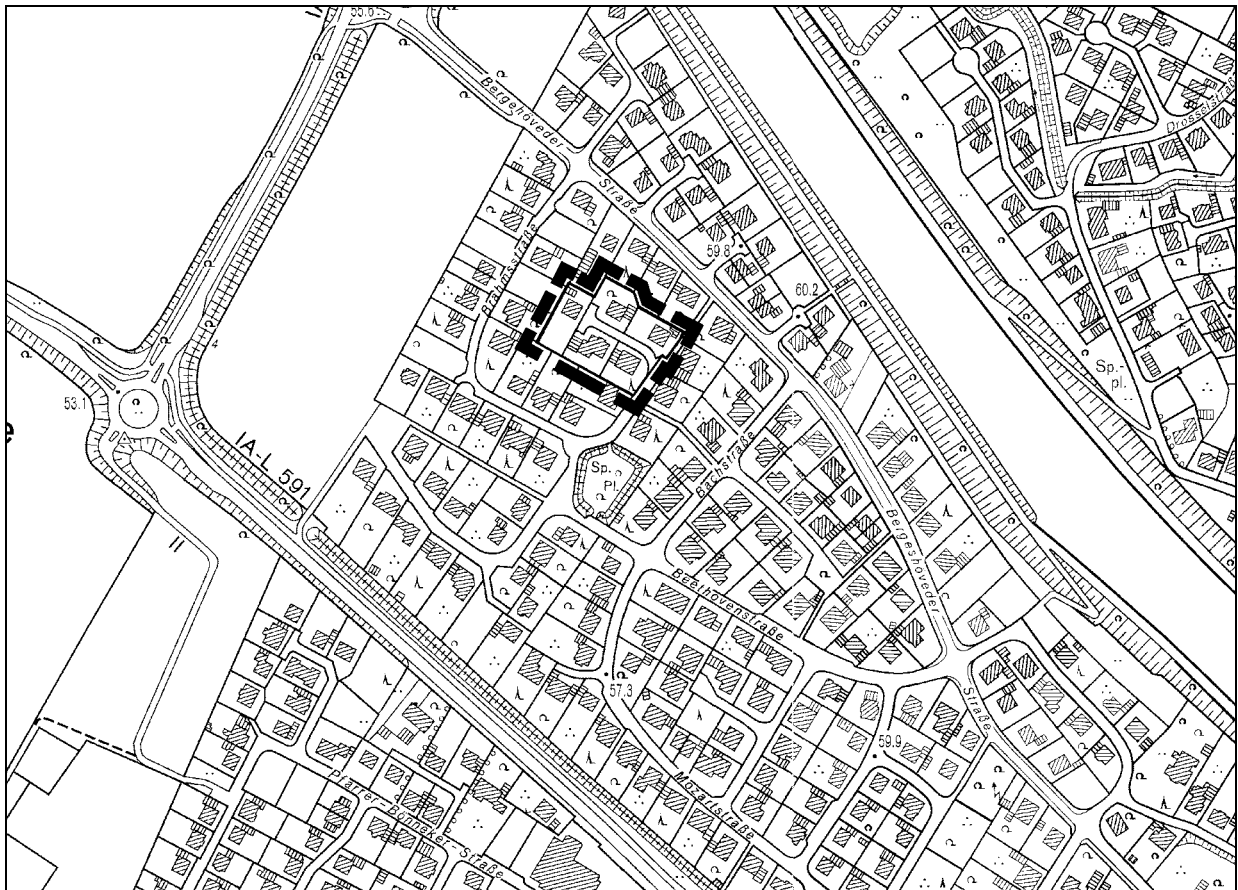
# STADT HÖRSTEL

## Stadtteil Riesenbeck



### Begründung

zur vereinfachten Änderung des  
Bebauungsplanes Nr. 33 "Auf dem Klei II"



DGK 3711-10

Verfahren gemäß § 13 BauGB

Stand: Dezember 2016

## INHALTSVERZEICHNIS

### 1. Aufstellungsbeschluss und räumlicher Geltungsbereich

### 2. Übergeordnete Planung

### 3. Inhalt des Bebauungsplanes

3.1 Anlass der Planung, geplante Nutzung und Festsetzungen

3.2 Erschließung, Ver- und Entsorgung

3.3 Altlasten, Kampfmittel, Denkmalschutz

3.4 Natur und Landschaft, Eingriffsregelung, Umweltbericht, Boden-, Klima-, Artenschutz

## BEGRÜNDUNG

### 1. Aufstellungsbeschluss und räumlicher Geltungsbereich

Mit Beschluss des Rates der Stadt Hörstel vom 07.09.2016 wird das Verfahren zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 „Auf dem Klei II“ eingeleitet.

Der räumliche Geltungsbereich für diese Änderung ist im Bebauungsplan durch eine gerissene Linie eindeutig festgesetzt und darüber hinaus der vorangehenden zeichnerischen Darstellung auf dem Deckblatt zu entnehmen.

Ein Auszug aus dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan ist dieser Begründung beigelegt.

### 2. Übergeordnete Planung

Im Regionalplan – Münsterland - ist der Planbereich als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt.

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Hörstel ist der Änderungsbereich als Wohnbaufläche dargestellt.

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes sind aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

### 3. Inhalt des Bebauungsplanes

#### 3.1 Anlass der Planung, geplante Nutzung und Festsetzungen

Ausgangslage für diese Änderung des Bebauungsplanes ist ein Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes um eine geplante Erweiterung des vorhandenen Wohngebäudes zu erreichen. Damit die Funktionalität auch innerhalb der vorhandenen Wohnnutzung gewahrt werden kann ist ein Anbau in südlicher und westlicher Richtung erforderlich. Die gültige Baugrenze verläuft hier in einen Abstand von 5 m zur angrenzenden Verkehrsfläche, so dass mit dieser Änderung ein Heranführen der Baugrenze bis auf 3 m an die Verkehrsflächen vorgesehen ist.

Gleichzeitig wird, entsprechend den aktuellen Vorgaben der Stadt Hörstel, für den Änderungsbereich die bisherige Festsetzung „Garagen und Nebengebäude sind innerhalb der überbaubaren Fläche und darüber hinaus bis zu einem Abstand von 3,0 m zur öffentlichen Verkehrsfläche zulässig“ durch folgende Festsetzung ersetzt:

„Garagen, Carports, Nebengebäude und Stellplätze sind innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche allgemein zulässig. Außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche müssen Garagen, Carports und Nebengebäude jedoch einen Abstand von mindestens 3,0 m zu öffentlichen Straßenverkehrsflächen bzw. mindestens 1,50 m zu Rad-/Fußwegen einhalten“.

Die übrigen zeichnerischen Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes, als da sind u.a.: (Allgemeines Wohngebiet (WA), eingeschossige Bauweise, nur Einzelhäuser zulässig, maximale Grundflächenzahl (GRZ 0,4, Dachneigung 28°-38°, Hauptfirstrichtung werden von dieser Änderung nicht berührt und gelten unverändert weiter. Dies gilt auch für die geltenden textlichen Regelungen zur Höhenlage, Traufhöhe, Dachaufbauten, Gestaltung von Garagen und Nebengebäuden etc

Aus städtebaulicher Sicht wird diese Bebauungsplanänderung begrüßt, da vor dem Hintergrund des schonenden und sparsamen Umgangs mit Grund und Boden (Innen- vor Außenentwicklung) hier innerhalb des Siedlungsbereiches eine Nachverdichtung erreicht werden kann.

### 3.2 Erschließung, Ver- und Entsorgung

Hinsichtlich der Erschließung, der Versorgung mit Gas, Wasser, Strom und Telekommunikationseinrichtungen sowie der abfallwirtschaftlichen Entsorgung und Ableitung der anfallenden Abwässer ergeben sich keine Änderungen gegenüber der Altplanung.

Unter Beachtung der Bestimmungen des geltenden Abfallgesetzes werden die anfallenden Abfallstoffe eingesammelt und ordnungsgemäß entsorgt. Innerhalb des Gemeindegebietes werden in ausreichendem Maße an geeigneten Stellen Depot-Container zur Sammlung wieder verwertbarer Abfallstoffe aufgestellt. Aus Gründen der notwendigen Flexibilität wird jedoch auf eine Festsetzung entsprechender Standorte im Bebauungsplan verzichtet.

### 3.3 Altlasten, Kampfmittel, Denkmalschutz

Im Plangebiet oder direkt angrenzend sind z.Z. keine Bodenbelastungen durch Altlasten/ Altstandorte/ Altablagerungen und keine entsprechenden Verdachtsflächen i.S. des Runderlasses vom 14.03.2005 (SMBI.NW.S.582) bekannt.

Auch Hinweise auf Kampfmittelvorkommen sind nicht bekannt.

Es sind keine Baudenkmale noch sonstige Denkmäler im Sinne des Denkmalschutzgesetzes (DSchGNW) bzw. Objekte, die im Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes der Stadt Hörstel, ausgestellt vom Westfälischen Amt für Denkmalpflege, enthalten sind, innerhalb des Planbereiches vorhanden.

Bodendenkmale (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde, aber auch Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) sind für den Änderungsbereich nicht bekannt.

### 3.4 Natur und Landschaft, Eingriffsregelung, Umweltbericht, Boden-, Klima-, Artenschutz

Der Verfahrensbereich ist planungsrechtlich als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt und wird auch entsprechend genutzt. Für den Änderungsbereich wird vornehmlich der überbaubare Bereich ausgeweitet, wodurch eine optimalere Nachverdichtung innerhalb eines Siedlungsbereiches erreicht werden kann. Die Grundflächenzahl mit der der Anteil der zulässigen Überbauung der Grundstücke begrenzt wird, bleibt unverändert. Dementsprechend werden die Nutzungsmöglichkeiten innerhalb des Änderungsbereiches in Bezug auf die Versiegelungsintensität nicht erhöht. Damit ergibt sich auch gegenüber den bisherigen Baurechten kein zusätzlicher Eingriff in Natur und Landschaft.

Es bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter (FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete). Mit dieser Planung wird nicht die Zulässigkeit von Vorhaben vorbereitet oder begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen.

Da das Vorhaben nicht UVP-pflichtig ist und keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter bestehen kann das Planverfahren auf der Grundlage des § 13 BauGB durchgeführt werden. Ein Umweltbericht ist nicht erforderlich.

Die mit dieser Änderung des Bebauungsplanes einhergehende Nachverdichtung wird aus städtebaulicher Sicht besonders auch mit Blick auf den Boden- und Klimaschutz begrüßt, da mit der Nachverdichtung im Innenbereich ein Beitrag im Sinne des Umweltschutzes vor dem Hintergrund des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden (§ 1 a BauGB) geleistet werden kann.

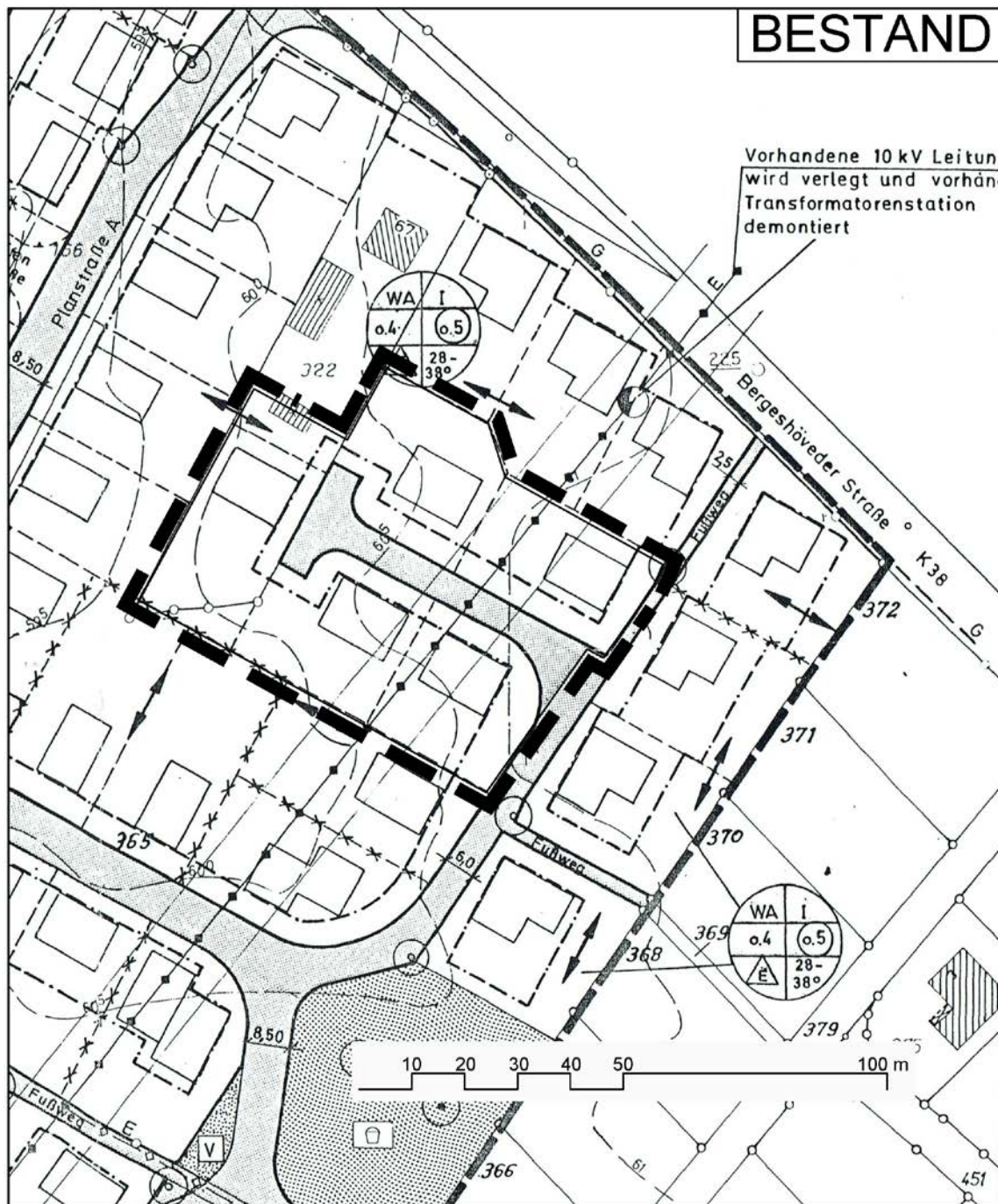
#### *Artenschutz (Vorprüfung)*

Als Arbeitshilfe für die Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes in der Bauleitplanung hat das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) eine Liste der planungsrelevanten Arten in NRW sowie großmaßstäbliche Angaben über deren Vorkommen in den einzelnen Regionen des Landes herausgegeben (FIS). Darüber hinaus führt das LANUV ein Fundortkataster der planungsrelevanten Arten, deren Inhalte projektbezogen Verwendung finden.

Im Fundortkataster des LANUV für das Vorkommen von planungsrelevanten Arten sind für das Plangebiet keine Einträge verzeichnet (LINFOS 11/2016). Es liegen keine weiteren Informationen über das Vorkommen planungsrelevanter Arten bzw. sonstiger geschützter Arten im Plangebiet vor. Es gibt weiterhin keine Hinweise seitens der beteiligten und zuständigen Behörden auf das Vorkommen dieser Arten. Erhebliche Auswirkungen des vorliegenden Bebauungsplanes auf die Belange des Artenschutzes werden nach heutigem Stand nicht gesehen. Eine Betroffenheit durch den Verlust von Lebensräumen oder eine Beeinträchtigung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungsstätten sind voraussichtlich nicht zu erwarten.

Aufgestellt: Dezember 2016  
H. Spallek, Dipl.-Ing.  
Stadtplanerin + Architektin  
Rudolf-Diesel-Straße 7  
49479 Ibbenbüren

Stadt Hörstel  
Der Bürgermeister



**Auszug aus dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan  
Nr. 33 "Auf dem Klei II" der Stadt Hörstel - Stadtteil Riesenbeck**